



# Betriebsrats- wahlen 2010:

## Wählt die Kandidat/inn/en der unabhängigen Betriebsgruppe „uns reicht's“!

**Wahlveranstaltung am 15.03.2010 um 15:30 Uhr  
im Sitzungssaal des Betriebsrats!**

Kitty Klug (Medizin-Intensiv, 3028) und Jürgen Rahlmeyer (Zentrale Zytostatikazubereitung) sind unsere KandidatInnen auf der Einheitsliste. Was wollen sie verändern?

### Was soll ihre Arbeit im BR von bisheriger Praxis unterscheiden?

- Wir wollen über den Rand des Betriebsverfassungsgesetzes schauen!  
Es bindet den BR ans Wohl des Unternehmens, es verbietet ihm Arbeitskämpfe zu führen. Der BR unterliegt ferner der Schweigepflicht. Die Verpflichtung zur „Sozialpartnerschaft“ verkennt, dass die Geschäftspolitik auch staatlicher Krankenhausleitungen immer mehr die wirtschaftlichen und politischen Vorgaben umsetzt (z.B. Fallpauschalen). Wir sagen: diese „Sozialpartnerschaft“ ist ein Betrug. Die Interessen der Reichen, Konzerne und ihrer Politiker stehen 180° im Gegensatz zu denen von uns Beschäftigten und den PatientInnen.
- Wir wollen keine faulen Kompromisse eingehen!  
Die allermeisten BR stimmen den „Arbeitgeber“-wünschen zu, weil sie diese als Sachzwänge verkaufen. Natürlich braucht es mehr als gute BR-Politik, um die Fallpauschalenregelung abzuschaffen, die sich auf jedes Klinikum auswirkt. Aber: warum können BR nicht wenigstens mit einem „Nein“ dazu klein anfangen, um Größeres zu verhindern? Der Verweis auf Sachzwänge dient nur einem Zweck: der Rechtfertigung ihrer Zustimmung zu den ganzen Zumutungen!  
Wir wollen mit einem bornierten Denken brechen, das handfeste Unternehmerinteressen auf unsere Kosten als Sachzwänge verkauft, nicht über den Horizont des Betriebes hinausblickt.
- Wir treten gegen Stellvertreterpolitik auf!  
Falls wir gewählt werden, wollen wir nicht vorgaukeln, durch Gremienarbeit mehr für Euch „herauszuholen“, sondern - soweit das BetrVg es zulässt - frühzeitig und verständlich über die „Arbeitgeber“-absichten und das Verhalten der BR-Mehrheit informieren. Wir wollen Euren Mut, selbst für Eure Rechte einzutreten, stärken. Wir brauchen eine starke UBG, eine wache Opposition von unten in Betrieb und Gewerkschaft gegen die Mausehlpolitik des Apparates. Wir brauchen Interessenvertretungen, die auch Arbeitskämpfe führen können, in denen die gewählten VertreterInnen rechenschaftspflichtig sind, jederzeit abwählbar sein müssen und nicht mehr als den Durchschnittslohn verdienen dürfen. Solche Basisdemokratie ist unser Fernziel!

### Deshalb treten wir ein:

Für eine transparente BR-Politik! Für Betriebsversammlungen, die über Betriebsvereinbarungen des BR entscheiden sollen! Für eine antibürokratische Bewegung gegenüber BR und Geschäftsführung (z.B. lebendige Vertrauensleutkörper)!

In allen betrieblichen Konflikten sind wir aber auch bereit, mit der BR-Mehrheit zusammen für Forderungen im Interesse aller Beschäftigten einzutreten bzw. deren Errungenschaften zu verteidigen. Denn der alte BR genießt trotz seiner nachgiebigen Haltung immer noch das Vertrauen einer deutlichen Mehrheit unter der Belegschaft. Deshalb werden wir ihn und den ver.di-Sekretär offen und unablässig auffordern, sich für Eure Interessen einzusetzen. Gleichzeitig warnen wir vor seinen bekannten Rückziehern. So kann das Personal dessen Arbeit aufmerksam überprüfen und gegebenenfalls kritisieren, aber immer aktiv seine eigene Meinung bilden.

# Unsere Wahlbausteine: Arbeitsbedingungen verändern

## **KOMPROMISSLOS GEGEN LEIHARBEIT!**

Für diese wurden in 2009 am Klinikum Bremen-Mitte für den Pflegebereich monatlich 20.000 € bezahlt und damit etwa 9 Vollzeitstellen ersetzt!

## **HER MIT MINDESTBESETZUNGEN!**

Verlässlicher Dienstplan für ACHT Wochen! Für die entsprechenden Bereiche einen bereichsbezogenen Bereitschaftsdienst, welcher nach Tarif zu vergüten ist!

## **NIE WIEDER OUTSORCING!**

Auch im sogen. Teilersatzneubau werden patientenferne ArbeiterInnen gebraucht! Wir stehen für den Erhalt ALLER Arbeitsplätze in Apotheke, Verwaltung, Werkstätten, Transport und Küche auf Grundlage des TvÖD. Wir wenden uns gegen die tarifliche Schlechterstellung der Reinigungsdienste. Es ist ein Fehler, in Krankenhäusern dauerhaft Arbeitsplätze einzurichten, deren Lohnniveau nur knapp über dem Existenzminimum liegt. Wir fordern darüber hinaus die Wiedereingliederung von Labor, Blutbank und Wäscherei. Beispiele aus Großkrankenhäusern zeigen, wie Arbeitsleistungen des Öffentlichen Dienstes sozial ausgewogen und effizient sein können.

## **KRITISCH GEGENÜBER GESCHÄFTSFÜHRUNGEN**

Wir fordern von BetriebsrätInnen, die von UNS in den Aufsichtsrat der GENO gewählt werden, zeitnahe und offenere Mitteilungen über dessen Arbeit. So können WIR Beschäftigten uns orientieren.

Wir wenden uns gegen die in der Vergangenheit allzu verbindliche und unkritische Haltung von BRs.

Schulterschlüsse und Stellvertreterpolitik gegenüber Geschäftsführungen der GENO (siehe Masterpläne) haben die Rationalisierungsschrauben (Wegfall von etwa 400 VZs seit 2008 ohne Gegenleistung) und Leistungsvorgaben (sehr unterschiedliche Ausstattung und Bewertung von Berufsgruppen) nicht verhindert.

In Zukunft ist es unabdingbar, auf der Basis von Belegschaftswünschen und -beschlüssen die öffentliche Gesundheitsversorgung an den GENO-Krankenhäusern zu gewährleisten.

## **GEGEN DIE HERRSCHENDE GESUNDHEITSPOLITIK**

Die Berufsgruppe im Krankenhaus, welche die meisten Beschäftigten stellt, ist die Gesundheits- und Krankenpflege. Die Berufsarbeit von Schwestern und Pflägern wird nicht eigenständig als qualifizierte und notwendige Leistung im DRG-System abgebildet. Wir fordern ernsthafte und zielgerichtete Verhandlungen mit den Kostenträgern, damit - trotz aller Kritik an den DRGs insgesamt - Pflegearbeit zeitlich und inhaltlich dargestellt und bewertet wird. Die Grundlagen hierfür bieten vorliegende Ergebnisse der Pflegeforschung. Diese orientieren sich an den Standards der evidenzbasierten Pflege (Erkenntnisse aus überprüfbaren Leistungen).

Die Ausrichtung der GENO auf betriebswirtschaftlicher Grundlage hatte bereits zu Konkurrenzdruck und Lohndumping (Auslagerung/Leiharbeit) geführt. Die ausschließliche Steuerung eines Krankenhauses nach ökonomischen Kriterien sei unausweichlich, ist aber falsch! Wir fordern die Erstellung von Rahmenbedingungen messbarer Arbeitsqualität und Arbeitsinhalten (morbiditätsgesteuerte Patientenwunschanalyse - MPWA - : wie krank und alt sind Patienten, woher kommen sie, wie und wo wollen sie behandelt werden). Hintergrund wäre die gemeinschaftliche Bewirtschaftung aller Brem. Krankenhäuser auf Basis des Landeskrankenhausplanes und der Zahlen der GKV aus dem Risikostrukturausgleich.

Die Gesundheit der Bevölkerung soll durch Projekte der integrierten Versorgung (nichtprivate Laboratorien, Überprüfung von vorgehaltenen techn. Mehrfacheinrichtungen, Betrieb nachstationärer Versorgungszentren) unterstützt werden.

## **VERBESSERUNG DER BETRIEBSRÄTEARBEIT**

UNS REICHT'S fordert seit Jahren gemeinsame Betriebsversammlungen aller GENO-Kliniken. Es ist geboten, die von den Geschäftsführungen sowieso durchgeführten und geplanten Personalüberleitungen und Arbeitsstrategien gemeinschaftlich zu überprüfen und sich gegebenenfalls quer zu stellen.

GEGEN die Ausgrenzung einzelner BRs (z.B. LDW). Nur ALLE Belegschaften werden zusammen erfolgreich sein! Teilbetriebsversammlungen müssen vom BR häufiger angeboten werden. Nur im direkten Dialog im kleineren Kreise können Anliegen und Kritik wahrgenommen werden und BRs ihre Arbeit transparenter und verständlicher machen. Darüber hinaus wollen wir regelmäßige, feste Sprechstunden bei BetriebsrätInnen einrichten.

**Kommt zahlreich zu unserer Wahlveranstaltung am 15.03.2010 um 15:30 Uhr im Sitzungssaal des Betriebsrats!**